

Die „Schule der Republik“

Scheitert die Schule als Integrationsinstrument?

Martina Zimmermann*

» 82 000 Gewaltakte im letzten Schuljahr, überlaufene Privatschulen, illegale Schüler, die ihre Ausweisung fürchten: Ist die Schule als Integrationsinstrument der französischen Gesellschaft gescheitert? Das neue Immigrationsgesetz von Nicolas Sarkozy setzt auf verstärkte Abschiebung und selektive Einwanderung.

Beleidigungen, Drohungen, Diebstahl, sexuelle Gewalt ... Mit 285 gemeldeten Gewaltakten im vergangenen Schuljahr ist eine Schule in Nîmes Spitzenreiter auf der „Hitliste“ der Problem-Schulen, die das französische Magazin *Le Point* veröffentlichte. Es handelt sich um eine bisher geheim gehaltene Statistik des Erziehungsministeriums. Auf der Internetseite von *Le Point* war zu erfahren, wieviel Gewalt in welcher französischen Schule herrscht: Waffen- oder Drogenbesitz, sexuelle Belästigung, Brandstiftung, Sachbeschädigung, Diebstahl, Beleidigungen oder Drohungen – über 82 000 schwerwiegende Gewaltakte wurden im vergangenen Schuljahr gemeldet.

„Man kann nicht leugnen, dass es Schulen gibt, an denen die Lehrer mehr Polizei spielen als unterrichten“, meint die Journalistin Sylvie, Mutter von 12-jährigen Zwillingen. Sylvies Familie zog aus der engen Pariser Wohnung in ein Häuschen im nahen Vorort Aubervilliers, der mit der Metro zu erreichen ist. Die Kinder gehen aber nach wie vor im Stadtzentrum von Paris zur Schule. Vater Nago, ein aus Senegal stammender Journalist, erklärt: „Es gibt gewisse Viertel, die zum Ghetto werden. Das ist seit langem bekannt, und die Behörden wissen das auch. Sie tun nichts dagegen, denn sie erteilen Ausnahmegenehmigungen.“

Normalerweise gehen Kinder in die kostenlosen staatlichen Schulen ihres „Sektors“. Das Rektorat teilt jedem Schüler eine Schule im Viertel zu. Aber die Eltern sind erfinderisch, wenn es darum

geht, ihre Sprösslinge auf eine „gute“ Schule zu schicken. „In manche Schulen im Nordosten will keiner“, erklärt der Direktor des Pariser Lycée Voltaire, Jean-Pierre Mongenie: „Andere, die mehr im Stadtzentrum liegen, sind dagegen sehr gefragt. Die Strategie der Eltern besteht darin, eine bestimmte Fremdsprache zu wählen, oder eine Adresse bei Bekannten anzugeben. Manche Leute nutzen auch ihre Beziehungen, da wird zu allen Mitteln gegriffen.“ Viele Pariser wohnen gerne in volkstümlichen Vierteln, mögen das kosmopolitische Ambiente und kaufen exotische Lebensmittel im Tante-Emma-Laden. Doch für ihre Kinder sollen dadurch keine Nachteile entstehen. Im Collège und Lycée Voltaire, das in einem solchen Viertel liegt, ist die soziale Durchmischung noch gegeben: 1 500 Schüler zwischen 10 und 18 Jahren mit 30 verschiedenen Nationalitäten besuchen die Schule.

Im vergangenen Schuljahr meldete das Collège Voltaire 18 Gewaltakte ans Erziehungsministerium – fast doppelt soviel wie der Pariser Durchschnitt. Doch diese Zahlen sind relativ: „Eine Schule meldet erstens, was sie will, und zweitens hängt es von der Einschätzung der Gewalt ab – und die kann von einer Schule zur anderen unterschiedlich sein“, so Direktor Mongenie. „Was in einer Schule toleriert wird, wird vielleicht woanders nicht hingenommen und gemeldet.“ Lehrer und Schuldirektoren protestierten daher gegen die vom Ministerium vorgelegte „Hitliste“. Selbst der

* Martina Zimmermann ist freie Hörfunkkorrespondentin für die öffentlich-rechtlichen Anstalten und lebt in Paris.

Erziehungsminister, der das Meldesystem vor fünf Jahren eingerichtet hat, kritisiert, dass die nackten Zahlen nicht viel aussagen, weil dabei nicht einmal die Anzahl der Schüler in der jeweiligen Schule berücksichtigt wird.

Doch die Gewalt in der Schule macht immer wieder Schlagzeilen: In einem Vorort wurde vor einem Jahr eine Lehrerin mit dem Messer angegriffen, in einem anderen wurden zu Beginn dieses Schuljahres eine Lehrerin und ein Schüler durch Schüsse aus einem Luftgewehr verletzt. Jean-Pierre Mongenie übernahm das Voltaire-Gymnasium in Paris, nachdem er lange Jahre Schuldirektor in Seine-Saint-Denis war. In diesem Vorort-departement im Nordosten von Paris brachen vor einem Jahr die Unruhen aus: „Die Schule kann nicht mehr vermitteln als eine gewisse Bildung und die Werte unserer Nation“, meint der Schuldirektor aus seiner Erfahrung heraus. „Wir wissen genau, dass es diese jungen Leute mit Migrationshintergrund nach der Schule schwerer haben, eine Arbeit zu finden, weil sie einen arabischen Namen haben oder eine schwarze Hautfarbe. Ich sehe nicht, was die Schule da ausrichten kann.“ Wie auch viele Lehrer meint der Schuldirektor: „Wenn die Gesellschaft Probleme hat, soll die Schule sie lösen. Aber das kann sie nicht.“

Krise des Bildungssystems, Boom der Privatschulen

Wenn der französische Schüler in die Grundschule kommt, ist er Drill schon gewohnt: Die meisten Kinder haben mehrere Jahre in der ‘maternelle’, der Vorschule, zugebracht. Denn die Franzosen sind nicht so pingelig, was die Trennung von ihren Kindern angeht: Eine Mutter sieht ihre Kinder von klein auf so oft wie ihren Ehemann: nämlich abends und am Wochenende. Dass Babies in Kinderkrippen und 2-Jährige in die Vorschule geschickt werden, gilt als der Gemeinschaft zuträglich. Schließlich werden sie dort zu sozialen Wesen und mündigen Bürgern erzogen. Oder auch gedrillt. Nach dem Schulklingeln am Morgen stellen sich die Schüler der Grundschule in Zweierreihen im Hof auf, der Lehrer geleitet sie dann ins Klassenzimmer. Diese Disziplin

wird den ganzen Tag beibehalten. „In Deutschland ist das völlig anders, viel freier“, erinnert sich die 20-jährige Studentin Céline. Gerne blickt sie auf ihren Aufenthalt in Deutschland zurück, als sie bei einer deutschen Austauschschülerin lebte und mit ihr aufs Gymnasium ging. „Die Schüler durften im Unterricht reden, ihre Meinung sagen, den Lehrer unterbrechen. Als wir zurückkehrten, waren wir völlig begeistert, wir wollten alle in Deutschland studieren.“ Céline bewundert die Selbstdisziplin der deutschen Schüler, zweifelt aber, ob das deutsche Modell das bessere ist: „In Frankreich ist es vielleicht zu streng, aber man muss den Schülern dennoch eine gewisse Linie aufzwingen. Ich fühlte mich zu jung, um selbst zu entscheiden, wie ich arbeiten will.“

Erst wenn sie 14 Jahre alt sind, entscheidet sich in Frankreich, ob die Schüler das Zeug haben fürs Gymnasium. Präsident François Mitterrand gab einst für das Jahr 2000 das Ziel von 80 Prozent Abiturienten pro Altersjahrgang vor. Seit 1985 hat sich die Zahl der Abiturienten mehr als verdoppelt, 1997 lag die Zahl bei 61,5 Prozent. Inzwischen ist das Ziel erreicht. Im zentralistischen Frankreich haben alle Schüler am gleichen Tag die gleichen Prüfungen in den gleichen Fächern mit den gleichen Fragen. Auch Datum und Uhrzeit werden vom Erziehungsministerium ausgegeben. Je nachdem, ob die Schüler einen sprachlichen oder literaturwissenschaftlichen Zweig gewählt haben, werden die einzelnen Prüfungsfächer dann unterschiedlich gewichtet. Doch es gibt Schulen, in denen fast 100 Prozent der Schüler das Abi schaffen, wie etwa im berühmten Gymnasium Henri IV, und welche, wo es nur weniger als die Hälfte sind, zum Beispiel im Lycée Dorian. Beide Schulen befinden sich in Paris, die eine im noblen 5. Arrondissement, die andere in den Kleinen-Leute-Vierteln im Nordosten.

Daher setzen die Eltern alle Mittel in Bewegung, um ihre Kinder auf die guten Schulen zu schicken, aber sie müssen beizeiten anfangen. Denn ist ihr Sprössling erst mal in einem Collège, in dem er nicht zum Pauken motiviert wird, hat er mit mittelmäßigen oder gar schlechten Noten keine Chance mehr, in ein gutes Gymnasium zu kommen. Dann kann ihn nur eine Fremdsprache, die er fließend spricht, oder ein Talent in Musik

oder Sport retten. Oder eine Privatschule. Doch selbst, wenn er sich dann für Religionsunterricht interessieren sollte und die Eltern keine Kosten scheuen, wird ein schlechter Schüler im „fortgeschrittenen Alter von 15 Jahren“ nicht mehr so leicht genommen. Eine Folge der Krise des staatlichen Bildungssystems ist der Boom der Privatschulen: In Paris ist ein Drittel aller Schüler ab der sechsten Klasse in einer Privatschule. In ganz Frankreich mussten die katholischen Privatschulen dieses Jahr 25 000 Anfragen abweisen – weil sie keinen Platz mehr haben. Und so werden die Kids vor allem in gutbürgerlichen Kreisen von klein auf darauf getrimmt, es auf die Eliteschulen zu schaffen. Ihre Jugend bringen sie mit Büffeln zu.

Die Education Nationale ist eines der wichtigsten Ministerien in Frankreich und der größte Arbeitgeber. Doch das System ist zu hierarchisch und bürokratisch. Ein Gymnasiallehrer zählte in einem Jahr 114 Anweisungen von oben! Doch der frühere sozialistische Erziehungsminister Allègre machte sich äußerst unbeliebt, als er lautstark tönnte, das „Mammut“ müsse abspecken. In Frankreich haben Bildungsreformen beziehungsweise der Protest dagegen schon manchen Minister den Posten gekostet. Auch gegen die Reform des konservativen Ministers François Fillon gab es im letzten Jahr Proteste. Sie sieht vor, dass allen Schülern künftig ein Basiswissen vermittelt werden soll, und zwar in den wichtigsten Fächern: in Französisch, Mathematik, einer Fremdsprache, Geschichte, Naturwissenschaften und Informatik. Der derzeitige Erziehungsminister Gilles de Robien zieht dieses Programm jetzt durch und befahl zum Beispiel den Lehrern unter Androhung von Strafen, den Schülern das Lesen künftig nicht mehr mit der Ganzheitsmethode beizubringen.

Derzeit verlassen jedes Jahr 160 000 junge Menschen die Schule ohne jeden Abschluss. Künftig sollen alle Schüler am Ende ein Diplom erreichen, gerne in einem praktischen Bereich. Die Zahl derjenigen, die eine Lehre machen, soll sich um 50 Prozent erhöhen. „Dass man der beruflichen Ausbildung mehr Wert geben will, das

sind nur schöne Worte“, erklärt Camelio Nade, Lehrer in einer Gesamtschule in Aubervilliers. „Denn man schickt nur die Schüler, die versagen, in diese Richtung. Das ist eine Schule der zwei Geschwindigkeiten.“

Es gibt kleine Schulen auf dem Land, die nur ganz wenige Schüler haben, und enorme Bildungseinrichtungen in den Städten, in denen sich Kantine, Psychiater, Krankenschwestern, Sozialarbeiter und ein Freizeitzentrum für den schulfreien Mittwoch befinden. Als „menschliche Größe“ für ein Collège, auf dem die vier Jahre zwischen Grundschule und Gymnasium, also zwischen 10 und 15 Jahren, verbracht werden, gilt eine Schule mit 500 Schülern. Nun wurden Problemviertel zwar zu „prioritären Zonen“ erklärt, die mehr Mittel bekommen und in denen die dort arbeitenden Lehrer Prämien erhalten.

„In Paris ist ein Drittel aller Schüler ab der 6. Klasse in einer Privatschule.“

Doch die Lehrer stehen ratlos vor den sozialen Problemen der Schüler, wie etwa der Arbeitslosigkeit der Eltern. Im rigiden französischen Schulsystem waren sie bisher eher darauf getrimmt, den Schülern den umfangreichen

Lehrstoff einzupauken. „Wenn man von der Schule erwartet, dass sie das Bildungsniveau des Volkes im Allgemeinen erhöht, ist unser Schulsystem nicht in der Krise“, verteidigt daher Schuldirektor Jean-Pierre Mongenie die französischen Schulen, in denen sich in den letzten 30 Jahren vieles zum Guten verändert habe: „Wir empfangen Kinder ab zweieinhalb Jahren in der Maternelle, Kinder ab sechs Jahren in der Grundschule und Jugendliche bis zu 18 Jahren. So gesehen ist die Schule nicht in der Krise, da sich der allgemeine Bildungsstand sicher erhöht hat, indem die Kinder länger zur Schule gehen.“

Den gesellschaftlichen Ansprüchen jedoch ist die „Schule der Republik“ nicht mehr gewachsen. Seit der Revolution war sie ein wunderbares Integrationsinstrument, das Ausländerkinder wie sozial Schwache zu vollwertigen Bürgern machte. Die Integration von Ausländerkindern wird heute allerdings durch die verschärften Immigrationsgesetze erschwert. Und so stand die Rentrée des Schuljahres 2006/07 vor allem im Zeichen der Problematik der illegalen Schüler.

Zehntausende illegaler Schüler

In Umfragen sagen die Franzosen derzeit mehrheitlich, es gebe „zu viele Einwanderer“. Aber als die Mitschüler ihrer Kinder abgeschoben werden sollten, weil sie sich illegal in Frankreich aufhalten, zeigten sie sich solidarisch, und Prominente aus Politik und Showbusiness protestierten in vorderster Reihe. Nachdem sich Eltern und Lehrer seit über einem Jahr für illegale Schüler mobilisiert hatten, verordnete Innenminister Sarkozy, dass diejenigen Papiere bekommen können, die besonders starke Bindungen an Frankreich haben. 30 000 Anträge gingen daraufhin bis Mitte August bei den Präfekturen ein. Die Lehrer vom „Réseau éducation sans frontières“, die über Internet Alarm schlugen, sobald ein neuer Fall bekannt wird, schätzt die Zahl der illegalen Schüler in Frankreich gar auf mindestens 50 000.

„Auch deine Eltern sind Ausländer!“ – mit diesen Rufen erinnerten die Demonstranten den französischen Innenminister an seine ungarische Herkunft und forderten „Papiere für alle illegalen Ausländer“. Zum Beispiel für die 18-jährige Souad, die vor drei Jahren aus Algerien kam und sogar schon die Aufnahmeprüfung für die Vorbereitungsklasse einer Eliteuniversität bestanden hat. Eine Aufenthaltserlaubnis hat sie nicht: „Am Anfang des Schuljahres sagte unsere Klassenlehrerin, dass Schüler, die illegal hier sind, zu einem Treffen kommen sollen“, erzählt Souad. „Aber mir fiel es schwer, darüber zu reden. Nicht einmal meine Freundinnen wussten Bescheid.“ Souads Vater ging letztendlich zu der Lehrerin. „Ich war zuerst dagegen, ich hatte Angst vor den Reaktionen meiner Freundinnen und Mitschüler. Das war wie ein Komplex. Ich redete mit niemand darüber.“ Mit Hilfe der Lehrer stellte Souads Familie schließlich einen Antrag auf Aufenthalt. Nach der Anweisung von Innenminister Sarkozy vom 13. Juni 2006 sollen Schüler, deren Lebensmittelpunkt eindeutig in Frankreich ist, auch weiter hier zur Schule gehen und ihre Papiere bekommen. Wer mindestens mehrere Jahre in Frankreich in die Grundschule gegangen ist und weder die Sprache noch das Heimatland der Eltern kennt, hat gute Chancen. Aber laut Innenminister Sarkozy erfüllen nur 6 000 bis 7 000 Ausländer die Bedingungen, ob-

wohl 30 000 Anträge gestellt wurden. „Ich möchte mein Diplom machen und dann in der Gastronomie arbeiten.“ Auch der Chinese Jiang stellte einen Antrag. Der 18-Jährige lebt seit sechs Jahren illegal in Frankreich und geht auf eine Hotelfachschule: „Ich habe bereits eine erste Prüfung geschafft und Praktika in berühmten Pariser Restaurants gemacht.“ Jetzt wartet Jiang auf eine Antwort der Präfektur. Minderjährige werden nur gemeinsam mit ihren Eltern ausgewiesen. Aber sobald sie 18 sind, können auch Schüler jederzeit zur Grenze gebracht werden. Das erlebten bisher vier Ausländer, darunter der 19-jährige Jeff. Der Berufsschüler wurde trotz aller Proteste nach Nigeria ausgewiesen. Zwei Passagiere, die noch im Flugzeug gegen die Abschiebung protestierten, wurden von der Polizei festgenommen.

Auch die Lehrerin Marie-Dominique Frontini sorgt sich um zwei ihrer Schülerinnen. Die eine kommt aus dem Senegal, die andere von der Insel der Komoren im Indischen Ozean. Beide Mädchen leben in Paris bei Verwandten, die französische Staatsbürger geworden sind. Beide sind Halbwaisen, haben keinen Vater mehr. Ihre Mütter leben mit anderen Kindern in der Heimat. Die eine Schülerin wartet noch auf einen Bescheid, für die Senegalesin zogen Lehrer und Eltern vor Gericht, als die Ausweisung kam: „Vor Gericht drehte sich das Mädchen um und sagte, all diese Leute sind meine Familie“, erzählt die Lehrerin. „Das hat uns stark berührt, wir hoffen, den Richter auch!“

Bis 16 besteht Schulpflicht. Die unter 16-Jährigen, ob illegal oder nicht, müssen in die Schule gehen. Wenn über 16-Jährige keine Papiere haben, könnte die Schulleitung die Einschreibung verweigern. Aber es ist nicht Aufgabe der Schule, die Aufenthaltsgenehmigung eines Schülers zu kontrollieren. „Unsere Aufgabe ist es, jeden jungen Menschen zu unterrichten, der etwas lernen will“, so Technologielehrer Michel Gibot: „Wenn die jungen Leute sich auch in Zukunft in die französische Gesellschaft integrieren sollen, ist es ihre erste Pflicht, in die Schule zu gehen.“ In einer feierlichen Zeremonie im Rathaus des 11. Pariser Arrondissements unter der Leitung des linken Bürgermeister Georges Sarre übernahm der Lehrer die Patenschaft einer jungen Chinesin namens

Schiran: „Schiran ist eine brillante Schülerin, die unbedingt weiter studieren muss. Wir hätten gerne lauter solche Schüler!“ Michel Gibot meint lachend: „Sie ‘verdient’ das mehr als andere, die Papiere haben, und mehr als so manche Franzosen.“

„Sarko-Lotto“ für die Sans-Papiers

Als „Sarko-Lotto“ – als Innenminister Sarkozys „Lotterie“ – bezeichnete *Libération* die Willkür, mit der manche Familien ihre Papiere bekommen und andere die Aufforderung, Frankreich zu verlassen. Denn indem sie einen Antrag gestellt haben, mussten diese Illegalen auch in die Falle tappen: Nun sind sie nicht mehr anonym, die Präfektur kennt Adresse und Schule der Kinder. Nicolas Sarkozy setzte den Rechtsanwalt Arno Klarsfeld als Vermittler ein für Fälle von Abweisungen, bei denen Protest laut wird. „Wenn eine Mutter mit ihrem sechs Monate alten Kind zu mir kommt und sagt, ich möchte in Frankreich bleiben, dann sage ich ihr: Sie fallen nicht unter die Bestimmungen, verstecken Sie sich noch ein Weilchen, mischen Sie sich unter die Bevölkerung, und nach ein paar Jahren wird ihr Kind vielleicht solche Bindungen an Frankreich haben, dass man es nicht mehr ausweisen kann. Aber gehen Sie nicht auf die Präfektur und geben Ihre Adresse an, denn Ihr Antrag wird abgewiesen werden.“ Klarsfeld kritisiert die Organisationen, die den Illegalen helfen: „Die Organisation ‘Réseau éducation sans frontières’ missbraucht diese Familien für politische Zwecke, [...] um sagen zu können, es gibt 30 000 Illegale und nur 6 000 kriegten Papiere, Sarkozy ist gemein.“

Die Migranten in Frankreich sind zum Spielball der Politik geworden. Unvermeidlich bestimmen Themen die öffentliche Diskussion, die mit den Einwanderern in Verbindung gebracht werden. Dabei wird alles vermischt, das islamische Kopftuch und die Polygamie, Hausbesetzungen und brennende Autos, Migranten und Illegale. Obwohl auch viele Asiaten und Osteuropäer

unter den Menschen ohne Papiere sind, werden meist Dunkelhäutige als Sans-Papiers gezeigt. Es könnte daran liegen, dass die Afrikaner und die Algerier gut Französisch sprechen – das vereinfacht die Sache für die Medien ...

Im 20. Jahrhundert kamen Einwanderer ohne große Formalitäten als Gastarbeiter nach Frankreich, zuerst aus den Kolonien, dann aus den unabhängigen Staaten Nord- und Westafrikas und aus dem früheren Indochina. Ab 1975 wurden die Einwanderergesetze verschärft, Heimkehrhilfen eingeführt. Nun wurden viele Ausländer zu unerwünschten Illegalen. 1981 machte der sozialistische Präsident Mitterrand sein Wahlversprechen wahr und gab allen Illegalen eine Aufenthaltserlaubnis, es waren damals 140 000. 1983 erzielte der rechtsextreme Jean-Marie Le Pen bei Gemeindewahlen mit seinem Front National die ersten Erfolge. Seither bestimmt das Thema Immigration regelmäßig die politische Debatte. 2002 kam Le Pen schließlich bis in den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen. „Die politischen Parteien wollen sich bei diesem Thema gegenseitig übertreffen.“ Catherine Wihtol de Wenden,

„Die Parteien wollen sich beim Thema Immigrationsgesetze gegenseitig übertreffen.“

Politologin am staatlichen Forschungsinstitut Centre National de Recherche Scientifique, CNRS: „Deshalb gibt es seit Mitte der 1980er Jahre eine wahre Gesetzesflut in Immigrationsfragen. Zuvor gab es sehr wenige Gesetze, aber seit-

her lässt jede neue Regierung ein neues Gesetz zur Immigration verabschieden, ob rechts oder links. Auch das neue Gesetz von Innenminister Sarkozy, das im Juni 2006 verabschiedet wurde, folgt dieser Logik. Man kann sich übrigens fragen, warum es ein neues Gesetz brauchte, wo er doch schon 2003 eines erlassen hatte. War das erste wirkungslos oder reichte es nicht aus, um die Wähler des Front National zufrieden zu stellen? Jeder will den anderen übertreffen, damit bei einer Debatte zur Präsidentschaftswahl der Front National nicht sagen kann, sie haben nichts getan.“

„Sans-Papiers“, also Menschen „ohne Papiere“, nennt man die Illegalen in Frankreich seit Mitte der 1990er Jahre. Sie besetzten damals die Pariser Kirche Saint Bernard und traten in den Hunger-

streik. Die brutale Kirchenräumung durch die Polizei löste damals eine starke Protestwelle im ganzen Land aus und gilt bis heute als zu vermeidendes Schreckensszenario für jede konservative Regierung. 1998 legalisierte dann die nachfolgende linke Regierung von Lionel Jospin 90 000 Illegale, aber 50 000 bekamen keine Papiere. Was sie nicht daran hinderte, weiterhin in Frankreich zu leben, unter schwierigen Bedingungen, für Erwachsene und noch mehr für Kinder.

Die illegalen Schüler als Spielball der Politik

„Das ist ein ständiger Widerspruch in der französischen Gesellschaft: Die Leute, die im Allgemeinen gegen Einwanderer sind, können durchaus behaupten, ihr Nachbar sei eine Ausnahme und anders als die anderen.“ So erklärt Catherine Witthol de Wenden die widersprüchliche Haltung der Franzosen. Umfragen zufolge meint eine Mehrheit, es gebe zu viele Ausländer – aber wenn es um die Nachbarn oder eben gar die Schulkameraden ihrer Kinder geht, setzen sie sich für diese ein. „Hinter der Frage der Illegalen tauchen eine Menge andere Fragen auf“, meint der Meinungsforscher Jean-Daniel Lévy, Studienleiter beim Pariser Umfrageinstitut CSA: „Was bedeutet es heutzutage, ein Bürger der französischen Gesellschaft zu sein? Welche Rolle spielen Organisationen, welche die Politiker? Welche Rolle die Schulen, die Parteien, die Gewerkschaften? Es gibt eine Menge Fragen, die zeigen, dass die französische Gesellschaft an sich selbst zweifelt.“

Frankreich hatte in der Vergangenheit einen zentralen Platz in Europa und in der Welt. Und Frankreich war ein Modell für die einstigen Kolonien in Afrika. Das ist heute weniger der Fall. „Die Illegalen werfen, unter anderen Aspekten, die Frage auf, ob die französische Gesellschaft neue Bevölkerungsgruppen integrieren kann.“ Die Unruhen in den Vororten im November 2005 rückten diese Frage in den Brennpunkt. Junge Leute zündeten Autos an, ließen ihre lange angestaute Wut über Ausweiskontrollen und Diskriminierungen heraus, die diesen Migrantenkindern tagtäglich vor Augen führen, dass die schöne Theorie

von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in der Praxis für sie nicht gilt, weder in der Schulwahl noch im Leben. Damals goß Innenminister Sarkozy Öl aufs Feuer, indem er die Vorortkids als „Gesindel“ bezeichnete.

„Man muss doch vernünftig und verantwortungsvoll an die Dinge denken, die in den Vororten passiert sind. Da sieht man doch, wie schwer es ist, sich ins französische System zu integrieren.“ Das erklärt der Präsidentschaftskandidat, der gleichzeitig auch Vorsitzender der konservativen Partei UMP ist, heute im französischen Fernsehen und nennt die Gründe: „Woran liegt das? An der Einwanderungspolitik, die außer Kontrolle geraten war. Unser Ziel ist eine selektive Einwanderung. Wer nach Frankreich kommt, soll eine Wohnung haben und einen Beruf.“ Anders ausgedrückt sollen Fachkräfte kommen, die Frankreich auf dem Arbeitsmarkt braucht. Die bisherige Einwanderungspraxis ist erheblich verschärft worden, ob es sich um Familiennachzug handelt oder um die Heirat mit Ausländern. Auch sollen künftig Illegale tatsächlich abgeschoben werden, was bisher durch rechtliche und diplomatische Hindernisse selten geschieht. Denn zunächst muss die Staatsbürgerschaft eines Illegalen herausgefunden werden, dann braucht es die Zustimmung der Botschaft des Heimatlandes. Nicht jede verhält sich kooperativ. Der Innenminister gab als Ziel vor, die Zahl der Abschiebungen im Jahr um 50 Prozent auf 23 000 zu erhöhen.

„Da geht es um 20 000 Kinder ohne Papiere, um Kinder oder Jugendliche. 0,01 Prozent der französischen Bevölkerung“, wiederholte hingegen Jack Lang vor den Mikrofonen der Journalisten: „Wie kann man sich nur vorstellen, dass diese Kinder ihren Freunden und Freundinnen, ihren Lehrern entrissen werden sollen. Das ist nicht akzeptabel und das wäre außerdem ein Verlust für unser Land.“ Der ehemalige Kultur- und Erziehungsminister Lang packte das Thema in einer für einen Sozialisten ungewohnt mutigen Manier an und forderte eine möglichst weitgehende Legalisierung der Ausländer. Die anderen Sozialisten sind zurückhaltender, setzen sich zwar für die Kinder ein, wollen aber keine generelle Legalisierung, sondern eine Entscheidung von Fall zu Fall. Ségolène Royal führt sich als „Mutter der Nation“

auf, die vor allem die Kinder vor Abschiebung schützen will.

Härte bei den Rechten, Toleranz bei den Linken: In Sachen Immigration scheint der klassische ideologische Gegensatz zwischen links und rechts wieder zu funktionieren. „Das kann eine Wahl entscheiden“, meint die Politologin Catherine Wihtol de Wenden: „Wenn die Sozialistische Partei eine zu vorsichtige Politik gegenüber den Einwanderern betreibt, besteht das Risiko, dass ein Teil der Leute wie 2002 nicht für die Sozialisten stimmt, sondern für extremere Kandidaten im linken Lager. Für die Rechte liegt das Risiko darin, dass sie nicht genug gegen die Einwanderung tut. Denn das nährt schon heute den Diskurs des Front National.“

Trotz der Großzügigkeit einzelner Franzosen verblasst der Mythos von Frankreich als einem Land, das Fremde und Verfolgte aufnimmt. Zwar hätte Frankreich heute ohne die Einwanderung des vergangenen Jahrhunderts mindestens 12 Millionen weniger Einwohner. Doch die meisten Asyl-

bewerber Europas hat seit dem Zweiten Weltkrieg und auch nach dem Fall der Berliner Mauer Deutschland aufgenommen. „Was würde man in Frankreich sagen, hätte sich die Zahl der Ausländer und der Neuankömmlinge in den letzten 15 Jahren verdoppelt?“ Catherine Wihtol de Wenden meint angesichts von acht Millionen Ausländern und zwei Millionen Aussiedlern in Deutschland: „Ich bin mir nicht sicher, ob solche Zahlen in Frankreich nicht gewaltige Formen von Ausländerfeindlichkeit ausgelöst hätten.“

Seit Schuljahresbeginn wurden keine weiteren Fälle bekannt, in denen Schulkinder und ihre Eltern ausgewiesen worden wären. Die solidarischen Lehrer und Eltern bleiben wachsam. Manche Illegalen verstecken sich, lassen ihre Kinder bei französischen Familien, um eine Abschiebung zu vermeiden. Viele warten noch auf einen Bescheid. Das Problem ist noch lange nicht geregelt. Die Illegalen leben weiterhin in Angst. Auch die Schüler.

Ein Jahr danach – die Lage in den Vororten

Am 27. November 2005 brachen in den Vororten um die französischen Großstädte Unruhen aus, brannten Autos und Turnhallen, nachdem zwei Jugendliche sich auf der Flucht vor der Polizei in ein Elektrizitätswerk geflüchtet hatten und dort starben. Ausländische Korrespondenten ließen sich damals vor brennenden Autos abfilmen, die Welt entdeckte entsetzt das französische Problem der „banlieue“, wie die Vorortviertel genannt werden. Ab Oktober 2006, als die Medien den Vororten „ein Jahr später“ Sondersendungen widmeten, sorgten spektakuläre Busbrände für Entsetzen. In Marseille erlitt eine 26-jährige Studentin senegalesischer Herkunft schwerste Verbrennungen und schwebte wochenlang zwischen Leben und Tod. Wie sieht es heute in den französischen Vororten aus?

Junge Leute aus allen Pariser Vororten treffen sich regelmäßig in einem abbruchreifen Haus im 19. Pariser Arrondissement. Sie gehören zum MIB – „Mouvement Immigration Banlieue“, einer Organisation, die vor über zehn Jahren gegründet wurde, um die Lebensbedingungen in den Vororten zu verbessern. An diesem Abend kommen auch zwei Mitglieder der Grünen zu dem Treffen, denn sie wollen die jungen Leute zu einem Kolloquium über Vororte und Polizeigewalt einladen. „Mit der Krise im letzten Jahr hat sich das Interesse der Parteien an uns vergrößert“, meint dazu Mohamed Mokrani: „Aber geändert hat sich nichts. Es werden große Reden geschwungen, und es wird nachgedacht in den Parteien. Aber ehrlich, wer ist wirklich vor Ort in den Vierteln? Keiner! Weder die Grünen, noch die Kommunisten, nicht einmal die Linksextremen. Kein Mensch kommt heute in diese Viertel, um mit den jungen Leuten über die Politik zu reden, die uns betrifft.“

Jahr der Chancengleichheit

Die Politik der französischen Regierung seit einem Jahr lässt sich in zwei Begriffen zusammenfassen: Repression und Chancengleichheit. Es wurde eine Aufsichtsbehörde für Diskriminierungen geschaffen, Sanktionen eingeführt. Unternehmen experimentieren mit anonymen Lebensläufen, damit Migrantenkindern gleiche Chancen auf ein Bewerbungsgespräch haben. Die besten Schüler aus den Vororten werden auf Eliteschulen geschickt. Und die Medien zeigen endlich die vielen Beispiele von Menschen aus den Vororten, die es als Forscher, als Unternehmer, als Journalisten oder als Anwälte zu etwas gebracht haben. Endlich erscheint der Erfolg von Schwarzen oder Maghrebiniern nicht mehr auf den Sport und die Musik beschränkt. Azouz Begag, Staatssekretär für die „Promotion der Chancengleichheit“, blickt zuversichtlich in die Zukunft: „Alle nehmen sich heute der Chancengleichheit an, Linke wie Rechte, und ich wette, dass es keine Regierung mehr geben wird ohne Minister mit Migrationshintergrund. Sie werden es bei den nächsten Parlamentswahlen sehen, Linke und Rechte werden alles tun, damit Abgeordnete mit Migrationshintergrund ins Parlament einziehen, Araber, Afrikaner, Leute aus den Überseegebieten. Ich habe meine Wette gewonnen und meine Aufgabe erfüllt: Die Idee der Chancengleichheit ist vorangekommen.“ Der unerschütterliche Optimismus des Staatssekretärs erklärt sich dadurch, dass er den Akzent seiner Aufgabe auf die „Werbung“ für Chancengleichheit setzt, nicht etwa auf effektive Gleichheit: „Der Premierminister hat nicht gesagt, du bist der Minister der Chancengleichheit, sondern er sagte, du bist der Minister der Promotion der Chancengleichheit.“

2006 wurde von der Regierung zum „Jahr der Chancengleichheit“ bestimmt, 2007 ist zum „Europäischen Jahr der Chancengleichheit“ ausgerufen worden. „Das ist doch für eine Elite, und um eine Elite zu schaffen“, meint die Studentin Nadia vom Mouvement Integration Banlieue. Sie

fragt in die versammelte Runde: „Oder kennt ihr jemand, der dieses Jahr eine Chance bekommen hat? Ich persönlich kenne niemanden.“

Repression

Für die Repression ist Innenminister Nicolas Sarkozy zuständig: Die Polizei ging mehrmals in den Vorortvierteln auf Verbrecherjagd, vor laufenden Fernsehkameras, bisher allerdings ohne große Ergebnisse. Sarkozy erklärte „ein Jahr danach“, Ende Oktober, im französischen Rundfunk, dass sich die „strukturellen Gründe“ für die Krise nicht geändert hätten. „Wir trauten uns nicht, von der Immigration zu reden“, so der Innenminister. „Es ist unglaublich, dass die französischen Enkel weniger integriert sind als ihre ausländischen Großeltern. Das beweist, dass man die Einwanderung kontrollieren muss und nicht so weitermachen kann.“

Präsidentenskandidat Sarkozy hat ein weiteres Anliegen zur Lösung der Vorortprobleme: „Die Minderjährigen im Jahr 2006 haben nichts gemein mit denen von 1945. Man muss viel strenger sein mit Minderjährigen und Mehrfachtätern!“ Sarkozy ist in den Vororten zur Hassfigur geworden, seine Sprüche dienen manchen gar, um Gewalt zu rechtfertigen. Das sei ihre Art, Politik zu machen, meint Edison aus Bondy-Nord. Der aus dem Senegal stammende Student ist aus der Sozialistischen Partei ausgetreten, weil er sich dort nicht vertreten fühlte, weder als Einwandererkind noch als Vorortbewohner. Zum derzeitigen Vorwahlkampf mit den potenziellen Kandidaten Nicolas Sarkozy für das konservative Lager und Ségolène Royal für die Sozialisten meint Edison: „Zwischen Sarkozy und Ségolène wählen die jungen Leute eher Ségolène. Nicht, weil Sarkozy die Rechten verkörpert, sondern weil er sie mit dem Kärcherhochdruckreiniger entfernen wollte. Er hat sie verletzt. Außerdem ist er Innenminister, und die Polizisten repräsentieren in den Vororten, was weh tut. Die jungen Leute werden mehr als normal kontrolliert, sie fühlen sich als Opfer der Polizei. Und Sarkozy ist der Chef der Polizei.“

Mit Humor gegen Klischees

Humor ist eine Waffe der Mitglieder der Bewegung Immigration und Vororte. „Willst du einen Aufstand, brennende Autos? Wieviel zahlen die deutschen Medien?“ Lachend stellt sich Nordine als „Nordine der Angst einjagt“ vor. Es ist vielleicht der Humor der Verzweiflung. Denn einige der Anwesenden im besetzten Haus im 19. Pariser Arrondissement können sich noch an die ersten Aufstände 1974 im Pariser Vorort Vaulx-en-Velin erinnern. Tarik zum Beispiel ist über 40: Immer wieder betont er, dass die Probleme der Vororte nicht mit den Unruhen im letzten Jahr angefangen haben, sondern dass sie seit 30 Jahren nicht gelöst wurden. Mit dem für die Vorortkids typischen Humor erklärt Tarik auf die Frage: „Was macht ihr im Leben?“ ohne Zögern: „Wir machen Arbeitslosigkeit.“ Nordine erklärt: „Ich bin Bauer. Hühnchenzüchter, vom Vater zum Sohn. In den Kommissariaten.“ Darauf bricht allgemeine Heiterkeit aus. Nordines Witz vom Hühnchenzüchter kommt vom französischen Jargon, wonach Polizisten auch als „Hühnchen“ bezeichnet werden. In Wirklichkeit überlebt Nordine von der „Bewegung Immigration und Vororte“ mit Jobs, ist immer wieder arbeitslos. „Nichts hat sich geändert“, erklärt Nordine ernsthaft und voller Wut: „Im Gegenteil, es ist schlimmer geworden. Die Politiker machen aus den Leuten in unseren Vierteln Kriminelle. Sie finden es normal, Kinder ins Gefängnis zu schicken. Sie haben ihr Gesetz über die

Chancengleichheit gemacht. Kinder sollen mit 14 arbeiten gehen, eine Lehre machen, sogar nachts arbeiten dürfen. Das ist ein sozialer Rückschritt. Doch das stört niemanden, weil es um die Enkel von den Leuten aus den früheren Kolonien geht. Die können ruhig eine Lehre machen und einen scheiß Beruf lernen!“

Wählen gehen?

Nach den Unruhen vor einem Jahr riefen Schauspieler Jamel Debbouze und Rapper Joey Starr gemeinsam mit anderen Berühmtheiten die Vorortjugendlichen dazu auf, sich in die Wählerlisten einzuschreiben, um an den nächsten Präsidentschaftswahlen teilnehmen zu können. „Die Leute sind neugierig, wenn Stars ins Viertel kommen, die wollen sie sehen“, meint Mohamed Mokrani. Dennoch ist er skeptisch, was die Tragweite der Initiative angeht: „Es reicht nicht, auf der Wählerliste eingeschrieben zu sein, wenn man nicht weiß, wen man wählen will. Die Leute sind links, linksextrem, rechtsextrem, rechts, aber ein großer Teil findet sich nirgends wieder.“ Mohamed Mokrani weiß, wovon er spricht: Denn er ist der einzige im MIB, der traditionelle Politik macht: Der Lehrer ist Gemeinderat in Bondy-Nord, als Vertreter einer alternativen Liste mit dem Namen „Rebondir“ – zu deutsch „wieder aufleben“. Bürger verschiedener Herkunft haben sich bei der letzten Gemeindewahl zusammengeschlossen, zwei von ihnen wurden auf Anhieb in den Stadtrat gewählt.

In der Runde der jungen Leute vom MIB herrscht zunächst mal überraschtes Schweigen auf die Frage, wen sie denn bei der kommenden Präsidentschaftswahl wählen werden. Edison – der einzige, der je in einer Partei war, nämlich bei den Sozialisten – erzählt seine Politikerfahrung in Bondy-Nord: „Die meisten jungen Leute in den Vororten verstehen den Unterschied zwischen rechts und links nicht. Manche fragen mich sogar, ob dieser oder jener Politiker der Konservativen links ist.“ Dann sagt Tarik grinsend: „Wir appellieren an Chirac, noch mal zu kandidieren. Er ist ein echter Dieb, da ist die Sache wenigstens klar.“